

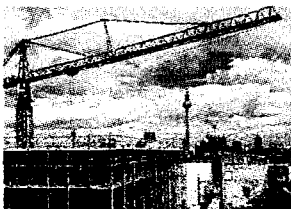
AKTUELL

Wohnungsunternehmen reduzieren CO₂-Ausstoß

Die Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) haben sich vergangene Woche gegenüber dem Berliner Senat verpflichtet, den CO₂-Ausstoß bis 2010 um 106 000 Tonnen zu reduzieren. Erreichen will die BBU dies durch Modernisierung und Verbesserung zugunsten der Energie-effizienz im Wohnungsbestand. Die BBU-Mitgliedsfirmen verwalten insgesamt rund 700 000 Wohnungen in Berlin. Von 1991 bis 2005 konnten die Unternehmen nach eigenen Angaben den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß bereits um 631 000 Tonnen reduzieren.

Berliner Immobilienmarkt im Aufschwung

Laut einer Studie des Forschungsinstituts Bulwien-Gesa kommt der Berliner Immobilienmarkt wieder in Schwung. Von 2006 bis 2007 habe sich das Fertig-



AP/MIGUEL VILLAGRAN

Es wird wieder mehr gebaut.

stellungsvolumen von Einzelhandels-, Wohn- und sonstigen Flächen von 230 000 auf 430 000 Quadratmeter nahezu verdoppelt. (rfd.)

Wohnungswirtschaft reduziert CO₂-Ausstoß

■ Von Isabell Jürgens

Die privaten Haushalte in den mehr als 1,8 Millionen Wohnungen in Berlin haben einen hohen Anteil am gesamten Energieverbrauch und dem daraus resultierenden CO₂-Ausstoß in der Hauptstadt. Das soll sich ändern: Mit einer gestern im Berliner Rathaus unterzeichneten Vereinbarung verpflichtet sich der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) gegenüber dem Senat, bis 2010 eine Einsparung von 106 000 Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid zu erreichen. Die BBU-Mitgliedsfirmen verwalten knapp 700 000 Wohnungen in Berlin.

„Im Rahmen dieser Vereinbarung müssen die Unternehmen nun eigene Verträge mit dem Senat abschließen“, sagte Ludwig Burkardt, Mitglied des BBU-Vorstandes. Bei 63 Prozent aller eigenen Wohnungen im Bestand der BBU sei die Bereitschaft zum Klimaschutz bereits bekundet. Die Investitionskosten, die für eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz nötig sein werden, kann Burkardt indes noch nicht beziffern, sie lägen aber im Milliardenbereich. „Unsere Mitgliedsunternehmen

haben von 1991 bis 2005 18,5 Milliarden Euro in ihre Wohngebäude investiert“, sagt Burkardt. Dadurch sei bereits eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 631 000 Tonnen erreicht worden. Neben den kommunalen und genossenschaftlichen Mitgliedsfirmen hätten erstmals auch zwei private Unternehmen erklärt, sich im Rahmen des Abkommens am Klimaschutz beteiligen zu wollen.

Während im Ostteil der Stadt bei Wärmedämmung und energetischer Neuausstattung in den Plattenbauten bereits viel geschehen sei, sei der Fokus nun auf Nachkriegsbauten im Westteil der Stadt gerichtet: „Hier ist allerdings auch der Senat gefragt“, sagte BBU-Vorstand Burkardt. Denn derzeit würde fast ausschließlich der Mieter von der Energieeffizienz profitieren. „Der wirtschaftliche Nutzen muss auch für den Vermieter geschaffen werden, indem etwa solche Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden dürfen“, fordert Burkardt. Auch in Punkto Denkmalschutz gäbe es Handlungsbedarf: „Bei Gründerzeitbauten gibt es einen Zielkonflikt, weil etwa die Fassade nicht angetastet werden darf.“

Senat probt Klimaschutz mit Wohnungsunternehmen

Über ein Drittel der Berliner Wohnungen soll bis 2010 etwa 106 000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr einsparen. In den Häusern der Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die zum Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) gehören, könnte sich damit – im Vergleich zu 1990 – der CO₂-Ausstoß um 30 Prozent verringern.

Die klimaschützenden Vorgaben des Kyoto-Protokolls für private Haushalte sehen im genannten Zeitraum nur Einsparungen von zwölf Prozent vor. Das Ziel wird für Berlin also deutlich übertroffen. Die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und für Umweltschutz haben gestern mit dem BBU eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Vor allem bei den Heizungen und Warmwasseranlagen lässt sich noch Energie einsparen – durch eine bessere Isolierung der Gebäude, den Einsatz regenera-

tiver Energien und die in Berlin bewährte Kraft-Wärme-Koppelung.

Die Mitgliedsunternehmen hätten von 1991 bis 2005 insgesamt 18,5 Milliarden Euro in die Sanierung und Modernisierung der Wohnungen gesteckt und spielten so eine Vorreiterrolle im Klimaschutz der Wohnungswirtschaft, sagte der BBU-Vorstand Ludwig Burkardt. Allerdings muss die Rahmenvereinbarung mit dem Senat durch Einzelverträge mit den Wohnungsunternehmen und Genossenschaften ausgefüllt werden. Burkardt versprach gestern, 2008 und 2010 Klimabilanzen der BBU-Unternehmen vorzulegen. Der Senat wiederum will sich darum bemühen, durch Änderungen des Mietrechts weitere Anreize für Energieeinsparungen zu schaffen. Und im denkmalgeschützten Bestand der 20er und 30er Jahre gibt es noch Hindernisse, klimaschützend zu sanieren. za

CO₂-Ausstoß von Wohnungen soll reduziert werden

Von Isabell Jürgens

Die privaten Haushalte in den mehr als 1,8 Millionen Wohnungen in Berlin haben einen hohen Anteil am gesamten Energieverbrauch und dem daraus resultierenden Kohlendioxid-Ausstoß in der Hauptstadt. Das soll sich ändern: Mit einer gestern im Berliner Rathaus unterzeichneten Vereinbarung verpflichtet sich der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) gegenüber dem Senat, bis 2010 eine Einsparung von 106 000 Tonnen des Treibhausgases CO₂ zu erreichen. Die BBU-Mitgliedsfirmen verwalten knapp 700 000 Wohnungen in Berlin.

„Im Rahmen dieser Vereinbarung müssen die Unternehmen nun eigene Verträge mit dem Senat abschließen“, sagte Ludwig Burkardt, Mitglied des BBU-Vorstandes. Bei 63 Prozent aller eigenen Wohnungen im Bestand der BBU sei die Bereitschaft zum Klimaschutz bereits bekundet. Die Investitionskosten, die für eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz nötig sein werden, kann Burkardt indes noch nicht beziffern, sie lägen aber im Milliardenbereich. „Unsere Mitgliedsunternehmen haben von 1991 bis 2005 18,5 Milliarden Euro in ihre Wohngebäude investiert“, sagt Burkardt. Dadurch sei bereits eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 631 000 Tonnen erreicht worden. Neben den kommunalen und genossenschaftlichen Mitgliedsfirmen hätten erstmals auch zwei private Unternehmen erklärt, sich im Rahmen des Abkommens am Klimaschutz beteiligen zu wollen.

Während im Ost-Teil der Stadt bei Wärmedämmung und energietechnischer Neuausstattung in den Plattenbauten bereits viel geschehen sei, sei der Fokus nun auf Nachkriegsbauten im Westteil der Stadt gerichtet: „Hier ist allerdings auch der Senat gefragt“, sagte BBU-Vorstand Burkardt. Denn derzeit würde fast ausschließlich der Mieter von der Energieeffizienz profitieren. „Der wirtschaftliche Nutzen muss auch für den Vermieter geschaffen werden, indem etwa solche Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden dürfen“, fordert Burkardt. Auch in Punkto Denkmalschutz gäbe es Handlungsbedarf: „Bei Gründerzeitbauten gibt es einen Zielkonflikt, weil etwa die Fassade nicht angetastet werden darf.“

Berliner Zeitung 11. Dezember 2007

Wohnungsunternehmen wollen Energie sparen

Berlins Vermieter wollen bis zum Jahr 2010 durch Energieeinsparungen an Wohngebäuden den CO₂-Ausstoß jährlich um 106 000 Tonnen senken. Darauf verständigten sich gestern der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) und der Senat in einer Klimaschutzvereinbarung. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) sagte, die Nutzung erneuerbarer Energien solle intensiviert werden. (ulp)

B.Z. 11. Dezember 2007

Klimaschutz-Abkommen

BERLIN - Der Senat und der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) schlossen eine Vereinbarung zum Klimaschutz. Darin verpflichtet sich der BBU, in den Wohnungen den CO₂-Ausstoß bis 2010 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

» Klimaschutzvereinbarung mit dem BBU unterzeichnet

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

(Verbandspresse, 10.12.2007 14:40)

(Berlin) - Die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher, und die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, haben heute (10. Dezember 2007) im Berliner Rathaus gemeinsam mit dem Mitglied des Vorstandes des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), Ludwig Burkardt, eine Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz im Rahmen des Landesenergieprogramms 2006 – 2010 unterzeichnet.

Mit der Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz erklärt sich der BBU bereit, bis zum Jahre 2010 eine Einsparung von 106.000 Tonnen CO₂ pro Jahr zu erreichen. Damit wird der BBU den aus dem Energieverbrauch für Raumwärme und Warmwasser in den Wohnungsbeständen der Mitgliedsunternehmen des BBU resultierenden CO₂-Ausstoß bis 2010 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken.

Die Mitgliedsunternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) hatten sich auch bisher schon als wesentliche Akteure für Energieeinsparung und Klimaschutz für den Bereich der Privaten Haushalte erwiesen. Unter Einsatz erheblicher Eigenmittel und Nutzung öffentlicher Förderung für Modernisierung und Instandsetzung war im Zeitraum von 1991 bis 2005 die jährlichen CO₂-Emissionen im Wohnungsbestand des BBU bereits um 631.000 t CO₂ gesenkt worden.

Senatorin Junge-Reyer äußerte hierzu: „Die im Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen vertretenen Wohnungsunternehmen sind für uns außerordentlich wichtig, wenn es um die energetische Sanierung und Aufwertung des Berliner Gebäudebestandes geht. Schließlich sind die Mitgliedsunternehmen des Verbandes Eigentümer von über 40 Prozent des Berliner Mietwohnungsbestandes. Mit der heutigen (10. Dezember 2007) Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung dokumentieren wir, dass seit dem Jahr 1990 vor allem unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die vielen Berliner Genossenschaften einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Minderung geleistet haben.“

Insgesamt konnten die CO₂-Emissionen des Wohnungsbestandes des BBU um rund ein Viertel gesenkt werden. Diesen eingeschlagenen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen. Es wird beim Neubau sowie bei der Gebäudesanierung auch weiterhin neben der Verbesserung des energetischen Gebäudezustandes darauf ankommen, die Nutzung von effizienten Lösungen zur Wärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativer Energien zu intensivieren.“

Senatorin Lompscher sagte: „Der BBU hat in den vergangenen Jahren durch seine Mitgliedsunternehmen bereits einen großen Beitrag zur Energieeinsparung geleistet. Jetzt fehlt noch ein weiterer Schritt, um das im Rahmen des Landesenergieprogramms 2006 – 2010 festgelegte CO₂-Einsparziel der privaten Haushalte von mindestens 30 Prozent im Jahre 2010 gegenüber 1990 zu erreichen. Aus diesem Grunde freue ich mich sehr über die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung für den Klimaschutz mit dem BBU. Wir haben in diesem Jahr noch kräftig an der Vereinbarung gefeilt. Jetzt können wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Als nächster Schritt steht nun der Abschluss von Einzelvereinbarungen mit den Mitgliedsunternehmen des BBU an. Hierbei geht es dann auch um die Einbeziehung und den Einsatz effizienter und wirtschaftlicher Nahwärmelösungen mit Kraft-Wärme-Kopplung, regenerativer Energienutzung und Biomassenutzung.“

Ludwig Burkardt, Mitglied des Vorstandes des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU): „Diese Vereinbarung bekräftigt die Fortsetzung der Klimaschutzpartnerschaft: Klimaschutz findet nicht in Bali statt, sondern in Berlin! Unsere Mitgliedsunternehmen haben bereits von 1991 bis 2005 18,5 Milliarden Euro in ihre Wohngebäude investiert und damit mehr als das Doppelte an CO₂-Einsparung erreicht, als das Kyoto-Ziel für die Wohnungswirtschaft bis zum Jahr 2012 vorgegeben hatte. Dies gelang vor allem durch die Reduzierung des Energieverbrauchs und den Einsatz klimaschonender Energieträger. Der BBU bestätigt nun erneut seine Vorreiterrolle im Klimaschutz der Wohnungswirtschaft, denn wir ruhen uns nicht auf diesen Erfolgen aus. Wir leisten weiter unseren Beitrag und setzen dabei auf die freie Wahl der dafür geeigneten Maßnahmen. Deshalb will der BBU die positiven Erfahrungen nutzen und gemeinsam mit dem Land Berlin Hemmnisse für zukünftige Energiesparmaßnahmen abbauen.“

Die Kooperationsvereinbarung für den Klimaschutz sieht vor, Einzelvereinbarungen zum Klimaschutz zwischen

den Wohnungsunternehmen des BBU und dem Land Berlin abzuschließen, die die besonderen sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen der von den Wohnungsunternehmen bewirtschafteten Bestände und die wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Mitgliedsunternehmen des BBU berücksichtigen. Die Vertragspartner wollen dabei auf einen wirtschaftlichen und ökologisch-verträglichen, möglichst sparsamen Energieeinsatz, aber auch die intensivierte Nutzung regenerativer Energieträger im Wohnungsbestand und Wohnungsneubau hinwirken.

Quelle/Kontaktadresse:

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)
Dr. David Eberhart, Pressesprecher
Lentzeallee 107, 14195 Berlin
Telefon: (030) 897810, Telefax: (030) 89781249

eMail: info@bbu.de
Internet: <http://www.bbu.de>

Druckversion der Seite www.verbaende.com/News.php4?m=50412
(C) Deutsches Verbände Forum - www.verbaende.com



Titel
Nachrichten
Impulse Programm
Zeitschrift
Newsletter
Seminare
ClubE
ContractE
EffizienzRunde
Bestpractice
Exkursionen
B.E.S.T.
Management
Berliner Energietage
Berlin spart Energie
Veranstaltungen
Wärme von der Sonne
Energyoffice
Links
Kontakt
Impressum

Konzept und Umsetzung Internetseite:

Im Rahmen von Berliner Impulse
Management: ARGE Berliner Impulse

Berliner Senat unterzeichnet Klimaschutzvereinbarung

Berliner Senat unterzeichnet Klimaschutzvereinbarung mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

Die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher, und die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, haben gemeinsam mit dem Mitglied des Vorstandes des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), Ludwig Burkardt eine Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz im Rahmen des Landesenergieprogramms 2006 – 2010 unterzeichnet.



Foto: Ines Meier, BBU e.V.

Mit der Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz erklärt sich der BBU bereit, bis zum Jahre 2010 eine Einsparung von 106.000 Tonnen CO₂ pro Jahr zu erreichen. Damit wird der BBU den aus dem Energieverbrauch für Raumwärme und Warmwasser in den Wohnungsbeständen der Mitgliedsunternehmen des BBU resultierenden CO₂-Ausstoß bis 2010 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken.

Die Mitgliedsunternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) hatten sich auch bisher schon als wesentliche Akteure für Energieeinsparung und Klimaschutz für den Bereich der Privaten Haushalte erwiesen. Unter Einsatz erheblicher Eigenmittel und Nutzung öffentlicher Förderung für Modernisierung und Instandsetzung war im Zeitraum von 1991 bis 2005 die jährlichen CO₂-Emissionen im Wohnungsbestand des BBU bereits um 631.000 t CO₂ gesenkt worden.

Senatorin Junge-Reyer äußerte hierzu: „Die im Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen vertretenen Wohnungsunternehmen sind für uns außerordentlich wichtig, wenn es um die energetische Sanierung und Aufwertung des Berliner Gebäudebestandes geht. Schließlich sind die Mitgliedsunternehmen des Verbandes Eigentümer von über 40 Prozent des Berliner Mietwohnungsbestandes. Mit der heutigen Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung dokumentieren wir, dass seit dem Jahr 1990 vor allem unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die vielen Berliner Genossenschaften einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Minderung geleistet haben.“

Insgesamt konnten die CO₂-Emissionen des Wohnungsbestandes des BBU um rund ein Viertel gesenkt werden. Diesen eingeschlagenen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen.

Es wird beim Neubau sowie bei der Gebäudesanierung auch weiterhin neben der Verbesserung des energetischen Gebäudezustandes darauf ankommen, die Nutzung von effizienten Lösungen zur Wärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativer Energien zu intensivieren.“

Senatorin Lompscher sagte: „Der BBU hat in den vergangenen Jahren durch seine Mitgliedsunternehmen bereits einen großen Beitrag zur Energieeinsparung geleistet. Jetzt fehlt noch ein weiterer Schritt, um das im Rahmen des Landesenergieprogramms 2006 – 2010 festgelegte CO₂-Einsparziel der privaten Haushalte von mindestens 30 Prozent im Jahre 2010 gegenüber 1990 zu erreichen. Aus diesem Grunde freue ich mich sehr über die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung für den Klimaschutz mit dem BBU. Wir haben in diesem Jahr noch kräftig an der Vereinbarung gefeilt. Jetzt können wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Als nächster Schritt steht nun der Abschluss von Einzelvereinbarungen mit den Mitgliedsunternehmen des BBU an. Hierbei geht es dann auch um die Einbeziehung und den Einsatz effizienter und wirtschaftlicher Nahwärmelösungen mit Kraft-Wärme-Kopplung, regenerativer Energienutzung und Biomassenutzung.“

Ludwig Burkardt, Mitglied des Vorstandes des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU): „Diese Vereinbarung bekräftigt die Fortsetzung der Klimaschutzpartnerschaft: Klimaschutz findet nicht in Bali statt, sondern in Berlin! Unsere Mitgliedsunternehmen haben bereits von 1991 bis 2005 18,5 Milliarden Euro in ihre Wohngebäude investiert und damit mehr als das Doppelte an CO₂-Einsparung erreicht, als das Kyoto-Ziel für die Wohnungswirtschaft bis zum Jahr 2012 vorgegeben hatte. Dies gelang vor allem durch die Reduzierung des Energieverbrauchs und den Einsatz klimaschonender Energieträger. Der BBU bestätigt nun erneut seine Vorreiterrolle im Klimaschutz der Wohnungswirtschaft, denn wir ruhen uns nicht auf diesen Erfolgen aus. Wir leisten weiter unseren Beitrag und setzen dabei auf die freie Wahl der dafür geeigneten Maßnahmen. Deshalb will der BBU die positiven Erfahrungen nutzen und gemeinsam mit dem Land Berlin Hemmnisse für zukünftige Energiesparmaßnahmen abbauen.“

Die Kooperationsvereinbarung für den Klimaschutz sieht vor, Einzelvereinbarungen zum Klimaschutz zwischen den Wohnungsunternehmen des BBU und dem Land Berlin abzuschließen, die die besonderen sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen der von den Wohnungsunternehmen bewirtschafteten Bestände und die wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Mitgliedsunternehmen des BBU berücksichtigen. Die Vertragspartner wollen dabei auf einen wirtschaftlichen und ökologisch-verträglichen, möglichst sparsamen Energieeinsatz, aber auch die

intensivierte Nutzung regenerativer Energieträger im Wohnungsbestand und Wohnungsneubau
hinwirken.

Rückfragen: [Dr. Marie-Luise Dittmar](#)

Telefon: (030) 9025 2153

[<- Zurück zu: Nachrichten](#)